

Bezugspreise:
Für Halle monatlich bei zweimonatlicher Vorleistung 7,50 Mark, vierteljährlich 22,50 Mark, durch die Post 22,50 Mark. Zustellungsgebühr. Die Zustellungen werden von allen Reichspoststellen angenommen. Im amtlichen Zeitungserzeichnis unter 4. Klasse Zeitung eingetragen. Für unentgeltlich eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Erlaubnis der Redaktion. Halle, Freitag, den 10. Dezember 1920. Nr. 140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1133. A. 7411, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Anzeigenpreise:
Die 4 Spalten zu 33 mm breite 100 mm hohe Zeile oder deren Raum 40 Pf., somit 10 Spalten 40 Pf., 12 Spalten 48 Pf., 14 Spalten 56 Pf., 16 Spalten 64 Pf., 18 Spalten 72 Pf., 20 Spalten 80 Pf., 22 Spalten 88 Pf., 24 Spalten 96 Pf., 26 Spalten 104 Pf., 28 Spalten 112 Pf., 30 Spalten 120 Pf., 32 Spalten 128 Pf., 34 Spalten 136 Pf., 36 Spalten 144 Pf., 38 Spalten 152 Pf., 40 Spalten 160 Pf., 42 Spalten 168 Pf., 44 Spalten 176 Pf., 46 Spalten 184 Pf., 48 Spalten 192 Pf., 50 Spalten 200 Pf., 52 Spalten 208 Pf., 54 Spalten 216 Pf., 56 Spalten 224 Pf., 58 Spalten 232 Pf., 60 Spalten 240 Pf., 62 Spalten 248 Pf., 64 Spalten 256 Pf., 66 Spalten 264 Pf., 68 Spalten 272 Pf., 70 Spalten 280 Pf., 72 Spalten 288 Pf., 74 Spalten 296 Pf., 76 Spalten 304 Pf., 78 Spalten 312 Pf., 80 Spalten 320 Pf., 82 Spalten 328 Pf., 84 Spalten 336 Pf., 86 Spalten 344 Pf., 88 Spalten 352 Pf., 90 Spalten 360 Pf., 92 Spalten 368 Pf., 94 Spalten 376 Pf., 96 Spalten 384 Pf., 98 Spalten 392 Pf., 100 Spalten 400 Pf.

Naale-Feitung

Diechundfünfhigster Jahrgang.

Nr. 577.

Halle, Freitag den 10. Dezember 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

Die Beamtentenerungszulage im Reichstage.

Reichsfinanzminister Wirth erklärt die Anträge der Oppositionsparteien für unannehmbar. — Die Regierungsvorlage angenommen.

Deutscher Reichstag.

14. Sitzung. Donnerstag, 9. Dezember, 2 Uhr nachmittags.
Haus und Tribünen sind fast besetzt. Am Ministerisch: Dr. Simon, Wirth, Koch, Hermes, Giesbers (etwas später erscheint der Reichspräsident). Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Gesetzes zur Zulage der Beamten.

Zulage der Beamten
Mit Wirkung ab 1. Oktober 1920 für die Dristklasse A mit 125 Prozent, Dristklasse B mit 100 und Dristklasse C mit 75 Prozent. Der Ausschuss beantragte Erhöhung für Dristklasse A auf 150, für B auf 125, für C auf 100, für D und E auf 75 Prozent. Die Regierungsvorlage ist bislang nur 80 Prozent des ursprünglichen bezogen, sollen hierzu noch die übrigen 20 Prozent und außerdem noch einen Zuschlag von 50 Prozent erhalten.

Die Deutschnationalen beantragen Erhöhung der Zulage der Beamten im allgemeinen mit 60 Prozent und außerdem 15 Prozent Kinderzulage.

Die Demokraten, das Zentrum und die Deutsche Volkspartei beantragen, daß bei den Beamten die Differenz in Anrechnung gelangt.

Die Sozialdemokraten beantragen Herabsetzung der Zulage der Beamten bis Grundgehältern bis 8100 Mark auf 70 Prozent.

Die Unabhängigen beantragen Festsetzung der Zulage der Beamten für alle Reichsbeamten einschließlich der Diakone auf 100 Prozent. Ferner Regelung der Kinderzulagen einschließlich für alle Kinder bis zum vollendeten 21. Lebensjahre und regelmäßige halbjährliche Nachprüfung der Zulage der Beamten.

Abg. Hoesche (Str.) begründet den Antrag des Hauptauschusses.

Abg. Stinckow (Soz.) schildert die Notlage der Beamten. Die ursprüngliche Regierungsvorlage war ungenügend, denn so groß die Notlage der Beamten, kann auch an den hunderttausend verheirateten Beamten und an den Kindern nicht ganz vorbeigehen werden. Unter Vorbehalt hält sich in den Grenzen des Möglichen. Der Finanzminister sagt freilich, er habe keine Mittel, aber dies Argument können wir, das Argument des kurrenden Wagens ist stärker.

Abg. Muelotte (Str.): Das Kabinett hätte schneller mit seiner Hilfsnot kommen sollen. Unter allen Umständen nur aber rasche Abhilfe not. Außerdem ist die Verbilligung der Lebensmittel erforderlich.

Abg. Hergt (Dn.): Die Regierungsvorlage, die nur einem Teil der Beamten helfen wollte, wurde durch den Ausschuss in eine weltweite Verbesserung, welche die Beamten wieder ausgleichend macht. Die Notlage aber ist allgemein, deshalb muß allgemein gehandelt werden. Wenn wir von der Beamtenhilfe verlangen, daß sie nicht in den Streit der Parteien münden soll, müssen wir die Notlage der Beamten in den nächsten Monaten die Regierung auf das schwerste gefährden, da muß sie sich wenigstens auf die Beamten verlassen können. Daß die Angelegenheit sich zu einer Regierungskrisis auszuweiten scheint, ist bislang nur aus der Presse bekannt geworden. Die Regierung ist hier und schwach. Wir wollen eine bestimmte Auskunft, ob es sich nur um eine Reichskrisis oder gar um eine Kabinettskrisis handelt. Es handelt sich hier nur um verhältnismäßig geringe Ausgaben. Soll dies etwa zu einer schweren Krise für unser Vaterland führen. Die Regierung hat schon viel zu lange gezögert und dadurch ist die Komplikation der Lage hervorgerufen. Nach ist es Zeit, abzuheben.

Reichsfinanzminister Wirth
bestreitet, daß die Regierung Schuld an der Verzögerung trage. Wir müßten uns erst mit den Ländern einigen. Wir haben es bereits getan, und das hat zu den leidenschaftlichen Protesten der Beamten, namentlich aus Bayern, geführt. Das Reich kann nicht so heute auf morgen einen Schritt von unübersehbarer Tragweite tun, der auch die Städte und Gemeinden vergrößert. Auch der preussische Finanzminister hat erklärt, er könne die Aufhebungen nur vornehmen, wenn ihm das Reich die Mittel dazu gebe. Wir haben uns stillig gemäß an den Reichstag gewendet. Die Reichsfinanzminister der Länder haben einmütig erklärt, sie hätten

keine Mittel zum Zinsen.

Glauben Sie, daß Ihnen ein Beschluß des Reichstages diese Mittel gibt? Jeder neue Antrag verzögert nur die Auszahlung. Die Regierung ist jedoch bereit, mit Rücksicht auf die Nothlage der Beamten sich Annehmungen zu treffen, daß alle Beamten die am 1. Januar fälligen Dienstzulagen möglichst bald, jedenfalls noch vor Weihnachten, ausbezahlt erhalten. Die meisten Anträge sind aus finanziellen Gründen unannehmbar.

Dem Kompromißantrag der Demokraten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei wollen wir insofern entgegenkommen, als wir im Reichstag durchsetzen wollen, daß bei den Orten, deren Neueinweisung in Dristklassen un-

zweifelhaft feststeht, die höheren Zuschläge gewährt werden sollen. Im übrigen fällt die Regierung an ihrer Vorlage fest. In Regierungskreisen hat keine Abhilfe bestanden, das Beschäftigte Volk noch vor Weihnachten in eine Krisis zu stürzen. Das überlassen wir der Nation.

Abg. Wirth (D. Vpt.): Es wäre besser gewesen, keine politische Frage aus dieser Sache zu machen. Der Antrag der Sozialdemokraten ist ungenügend. Wenn es den Beamten keine so leicht geht, so tragen diejenigen Schuld daran, die einseitig die Arbeitsverhältnisse wieder und wieder erfüllt haben. Der Antrag der Deutschnationalen entspricht auch unseren Wünschen. Seine Annahme würde aber die Auszahlung der Zulagen unmöglich machen. Deshalb lehnen wir ihn ab.

Abg. Wrenig (U. S.): Zehntausend Mark Zulagen sind durchaus möglich. Mit der Voreingehaltung der Zulagebezüge ist niemand gebiet. Abg. Hergt will eine willige Beamtenhilfe. Die Beamtenhilfe ist frei und will es bleiben. Dabei will ich nicht unterlassen zu betonen, daß unser Antrag noch immer hinter der Zunahme der Zulage zurückbleibt. Alle übrigen Anträge lehne ich ab.

Abg. Weiss (Dem.):

Die Notlage der Beamtenhilfe ist letzten Endes auf die höchste Beschäftigung unter dem früheren Regime zurückzuführen. Vielleicht wäre eine Stiefelung der Zulage der Beamten besser gewesen als ein fester Satz. Nachdem aber im Reichstag keine Einigung zu erzielen war, handelte es sich um eine schnelle Hilfe in erreichbaren Grenzen. Gerade der preussische sozialistische Finanzminister Lüdemann trägt die Schuld an der abendlichen Haltung des Reichstages. Im übrigen geht die Vorlage in den meisten Fällen weiter als der Deutschnationalen Antrag. Die Forderung der Unabhängigen ist angesichts der Finanznot unerfüllbar. Rechner macht der Beamtenhilfe, daß sie auf Gebüh und Verberh mit der Regierung vertritt, ist sich selbst als von ungenügender führen nicht verstehen soll. Als der Abgeordnete die Tätigkeit der Arbeitskommission rühmend erwähnt, ertönen von der Tribüne lebhaft Zustimmung.

Der Reichspräsident Volk drückt die Tribünen räumen zu lassen, wenn sich derartige Vorläufe wiederholen sollten.

Abg. Weiser (Komm.): Wenn die Regierung den guten Willen hat, kann sie auch die Wünsche der Beamten erfüllen. Weshalb geht die Regierung nicht davon aus, auch für die Beamten ein Existenzminimum festzusetzen. Das Streikverbot muß die Beamtenhilfe verbieten. (Widerspruch rechts und in der Mitte.) Die Regierung ist aber bereit, die Forderungen der Beamten zu erfüllen. Die Beamten Arbeiter, die Betriebsräte und die Regierung sollten zusammenkommen und eine richtige Besoldungsreform zustande bringen.

Abg. Bauer (Komm. Vpt.): Wir fallen es für eine Hauptaufgabe, die Reichsbesoldungsordnung einmal gründlich nachzuprüfen.

Preuß. Finanzminister Eißemann erklärt, daß er sich weder für noch gegen eine Forderung der Beamten im Ausschuss ausgesprochen hat. Ich habe nur darauf aufmerksam gemacht, daß das Reich den Ländern beim Tragen neuer Lasten behilflich sein muß, falls über die Regierungsvorlage hinausgegangen wird.

Abg. Hergt (Dn.): In solcher Notlage muß ein Beamter einen Vorbehalt als willkürlich Gehaltszuschlag auffassen. Eiserne Sparmaßnahme auf allen Gebieten des Staates, nicht aber eiserne Sparmaßnahme gegenüber der Beamtenhilfe. (Zuruf: Paß zu ihr verstanden.) Als Rechner betont, daß er mit dem ganzen Ernst der Verantwortung seiner Partei zur Krisenfrage getreten, erdicht schallende Heiterkeit. Die Regierung soll erklären, ob sie die Verantwortung für die Unannehmlichkeit der Deutschnationalen oder sozialdemokratischen Anträge tragen kann oder nicht. Erklärt sie unseren Antrag für unannehmbar, um so besser für die Beamtenhilfe.

Finanzminister Wirth: Abg. Hergt hat den Unterstützungsantrag damit kritisiert, daß er sagte, das Verhalten der Regierung zur Beamtenhilfe, in Besoldungsfragen der Vergangenheit habe die Beamten ruhig gemacht. (Zuruf: Das hat er nicht gesagt.) Das Dristklassengesetz ist ausdrücklich so, daß eine Neugliederung der Klassen erst im Oktober erfolgen konnte. Dem Rechner entspricht, daß die Besoldungsfrage der Beamten entspricht einem Wunsch der Hand. Insofern. Zu den Anträgen der Deutschnationalen kann ich erklären, daß sowohl dieser wie der sozialdemokratische Antrag für die Regierung nicht annehmbar sind.

Nach längerer Geschäftsdebatte über die Reihenfolge der Bestimmungen wird der Deutschnationale Antrag gegen die Stimmen der Deutschnationalen abgelehnt, desgleichen der sozialdemokratische Antrag gegen die gesamte Linke. Der Ausschussantrag zur Regierungsvorlage wird gegen beide unabhängigen Parteien und Kommunisten angenommen. Die Anträge der Unabhängigen werden abgelehnt. Die Entschlossenheit der Regierungsparteien, worin die Regierung erklärt wird, im Wege der Verzögerung von Reichsminister des Finanzen zu erwählenden, den Unterstützungsantrag, der sich aus der Gegenüberstellung des bestehenden Dristklassenverzeichnisses und dem vorliegenden Entwurf eines neuen Dristklassenverzeichnisses er-

gibt, sofort zur Auszahlung zu bringen und dem Unterstützungsantrag der Reichsministerien ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen, wird gegen die Stimmen der Linksunabhängigen und Kommunisten angenommen.

Der Antrag der Unabhängigen gegen das Streikverbot der Beamten wird gegen die äußerste Linke abgelehnt.

Das Gesetz wird sodann in der Fassung der zweiten Lesung auch in dritter Lesung gegen die Stimmen der Linksunabhängigen und Kommunisten angenommen.

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfes über das Abkommen mit der Schweiz, betreffend schweizerische Goldhypotheken in Deutschland und gewisse Arten von Zinsenforderungen an deutsche Schuldner.

Ministerdirektor Simion begründet den Entwurf.

Nach kurzen Ausführungen des Abg. Dr. Mund (Dem.), Koenen (Komm.), Dr. Pfeifer (D. Vpt.), Dr. Reichsberg (U. S.), wird der Entwurf in erster und zweiter Lesung angenommen, desgleichen auch in dritter Lesung.

Nächste Sitzung Freitag, 12. Uhr mittags. Anträgen. Unabhängige Intervention über das Verbot der Beamten. Haushalt des Ernährungsministeriums. (Schluß 7 1/2 Uhr.)

Berlin, 9. Dezember. Der Reichstag hat heute die Regierungsvorlage in dritter Lesung nach den von der Regierung gebilligten Ausschlußbeschlüssen fast einstimmig angenommen. Nur einige Linksunabhängige und Kommunisten stimmten dagegen.

Kommunistische Propaganda unter den Eisenbahnern.

Innerhalb der Eisenbahnerorganisationen ist im Verlaufe der Verhandlungen mit dem Reichsverband Eisenbahner eine gewisse Stimmung ausgebreitet, die sich durch den Austritt des Deutschen Eisenbahnerverbandes auch nach außen hin bemerkbar macht. Ursprünglich hatten die Eisenbahnerorganisationen laute Forderungen gestellt. So wünschte der Allgemeine Eisenbahnerverband eine Verdoppelung der Zulagen der Beamten. Der Eisenbahnerverband erklärte, daß er sich für eine Verdoppelung der Zulagen der Beamten nicht entscheiden könne. Der Deutsche Eisenbahnerverband trat besonders für die Befreiung der Eisenbahnerarbeit ein. Man einigte sich dahin, grundsätzlich für die Eisenbahnerarbeit eine Zulage von 1 Mark zu erzielen, was die Eisenbahner verlangten. Diese Forderung erschien jedoch einmütig nicht zu realisieren, da die Eisenbahnerorganisationen nicht zu gering und zu hoch an dieser Organisation eine Erlöse, deren Erlöse sich noch nicht überschauen lassen. Die Kommunisten und Revolutionäre, die im Deutschen Eisenbahnerverband eine nicht zu unterschätzende Anhängerzahl besitzen, sind gegen die Verhandlungsergebnisse Sturm geschlagen und aller Wahrscheinlichkeit nach wird es ihnen gelingen, den Eisenbahnerverband zu verlassen, um sich an die Eisenbahnerorganisationen anzuschließen. Zusammen mit den Kommunisten und Revolutionären arbeiten die Sozialisten, die mit allen Mitteln auf den sofortigen Streik der Eisenbahner und Eisenbahnerarbeit einzusetzen. Die Leitung des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat sich veranlaßt zu geben, wegen des Austritts der kommunistischen Gruppen öffentlich fremd zu machen, und gab in ihrer Zeit, ihren Aufbruch der Kommunisten wieder, in dem sie erklären, man müsse, gemäß den Richtlinien Lenins, auch mit Wirtelungen und durch Hinterlist in die Gewerkschaft einbringen, und mit allen Mitteln Vertrauen zu einem revolutionären Stellen bringen. Wobin die Dinge beim Deutschen Eisenbahnerverband stehen, beweist eine Verammlung in Halle, wo der Abg. Koenen, der dort sprach, nach seinem Referat mißhandelt wurde. In einer Resolution erklärte die Verammlung, daß man den Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes nach dem 1. Januar bilden, dann aber hinausgeben werde. In Berlin sind die Kommunisten ebenfalls sehr aktiv. Die Eisenbahnerorganisationen sind zu einer Aktion zu veranlassen. Obwohl der Deutsche Eisenbahnerverband in Anwesenheit und Veranlassung seine Mitglieder dringend gewarnt hat, derartigen wilden Parolen Folge zu leisten, ist man auch an amtlichen Stellen antritt, mit der Gefahr eines Streikes im Direktionsbezirk Berlin zu rechnen.

Kampfanfrage der Kommunisten in Sachsen.

In der Donnerstag-Sitzung des sächsischen Landtages, die am 10. Uhr vormittags eröffnet wurde und auf deren Tagesordnung als einziger Punkt die Wahl des Ministerpräsidenten steht, wurde zunächst vom Abgeordneten Wirth (Soz.) der bisherige Ministerpräsident Bud als Kandidat zur Wahl vorgeschlagen. Die Deutschnationalen, Demokraten und Deutsche Volkspartei gaben Erklärungen ab, daß sie sich insofern der Teilnahme der Kommunisten an der Regierungsbildung nicht an der Wahl beteiligen würden. Der Abg. Kemmer (Komm.) verlas sodann eine längere Erklärung, die darin gipfelte, daß seine Partei die Verfassung nicht anerkenne und sie bei erster Gelegenheit zu beseitigen suchen werde. Nach dieser Erklärung, die durch den Präsidenten nicht unterbrochen wurde, wurde die Sitzung auf Antrag Wirth auf eine Stunde vertagt.

Produktenbericht.

Berlin, 9. Dezember. Am Produktenmarkt entwickelte sich kein lebhaftes Geschäft. Die Preise für den geringsten Anhang...

Produktenmarktpreise.

Table with columns for 'Heute' and 'Gestern' listing various commodities like wheat, flour, and oil with their respective prices.

Metallnotierungen.

Berlin, 9. Dezember. Preise für 100 Kg. in Mark: Raffinierter Kupfer 18-1900, 1715-1825...

Letzte Depeschen.

Telegraphisches Specialblatt der 'Saale-Zeitung'.

Eine deutsche Note über die Einwohnerwehren.

Berlin, 10. Dez. (Drachnachricht.) Dem Vorstehenden der Internationalen Militärkonventionen...

Provinzial-Nachrichten.

Wuppertal, 9. Dez. (Der Vaterländische Frauenverein.) U. Gruppe Heideburg-Bilbilsdorf...

Wuppertal, 9. Dez. (Ein großer Silberdiebstahl) wurde in der Nacht zum Montag...

Wuppertal, 9. Dez. (Wiederholungsfall) spielte sich im Saal der Alteschstraße...

Wuppertal, 9. Dez. (Wiederholungsfall) wurde in der Schloßstraße...

Paris, 10. Dezember. (Eigere Drahtnachricht.) Ministerpräsident Venous hat...

Das Stahlwerk.

Das Stahlwerk.

